



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 16.04.2007

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Anwesend:

Herr Stadtrat Abele ab TOP 2
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Späh
Frau Stadträtin Vollmer
Frau Stadtrat Wiest

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Gehring
Herr Stadtrat Herzhauser bis TOP 2
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Buchmann, Kulturamt
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Frau Ludwig, Ausländerstelle
Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Simon, Hauptamt
Herr Strecker, Wirtschaftsförderung
Herr Wamsler, Ordnungsamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Entschuldigt:

Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Weber

Gäste:

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Schaugg, Oberschwabenhallen bis TOP 2
Ravensburg GmbH

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Satzung über die Freigabe eines Sonntags für den Verkauf von Waren anlässlich der "Biberacher Filmfestspiele" in den Jahren 2007 bis 2011	56/2007
2.	Neue Messe Biberach	57/2007
3.	Bildung eines gemeinderätlichen Integrationsausschusses; Antrag der Freien Wähler vom 18. Januar 2007	30/2007
4.1.	Verschiedenes: Wertstoffcontainer Weißes Bild/Fünf Linden	

Die Mitglieder wurden am 05.04.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 10.04.07 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1 Satzung über die Freigabe eines Sonntags für den Verkauf von
Waren anlässlich der "Biberacher Filmfestspiele" in den Jahren
2007 bis 2011**

56/2007

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 56/2007 zur Vorberatung vor.

StR Zügel lobt den Vorschlag und stellt die Einmaligkeit des verkaufsoffenen Sonntags mit seinem Eventcharakter heraus.

StR Späh schließt sich dieser Einschätzung an. Generell dürfe man die Mitarbeiter nicht über Gebühr strapazieren und müsse den Sonntag für die Familie freihalten. Die Kopplung mit den Filmfestspielen habe sich bewährt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 57/2007 zur Beschlussfassung vor.

Herr Schaugg von der Oberschwabenhallen Ravensburg GmbH gibt Auskunft über seine bisherigen Aktivitäten und lässt wissen, man habe als Kernpunkt, die Oberschwabenschau 2005 neu organisiert. Die Problemstellung in Biberach sei ähnlich und es seien Änderungen erforderlich, da sonst die Messe spätestens nach zwei weiteren Terminen keinen Markt mehr hätte. Man benötige ein attraktives, innovatives Konzept, das den Nerv der Zeit treffe. Biberach habe mit hoher Kaufkraft und einem Potential von ca. 80.000 Besuchern gute Voraussetzungen. Als Faustformel gelte, dass je 60 Aussteller 10.000 Besucher benötigt würden, wobei dies wachsen müsse. Die Bereitschaft der Aussteller für eine regionale Messe sei groß und ein Wettbewerb zur Namensfindung geplant. Dann müsse man auch noch über den Termin und die Dauer sowie den Turnus der Messe entscheiden. Aktuell sei eine Entscheidung erforderlich, um das Konzept fertig stellen zu können, um im Mai gleichzeitig Namensfindung, Grafik und Werbung anzugehen. Bereits im Juli müssten die Unterlagen erstellt und an die Aussteller verschickt werden, damit ab September die Akquise erfolgen könne.

Als Ziel der Messe nennt er einen hohen Regionalbezug der Aussteller von 40 - 50%. Er spricht von einem Messedreiklang, wonach jede Messe drei Haupt- und zwei Nebensparten habe. Als Hauptsparten nennt er die Bereiche Bauen und Wohnen, Hauswirtschaft/Ernährung mit der Einbindung regionaler Industrie, des Handwerks und der Hochschule. Dies würde die Messe von anderen Regionen abheben. Weiter seien zusätzliche oder saisonale Themen wie Freizeit, Bäder, Sport, Tourismus, Auto und ähnliches denkbar. Er denke an eine frische, moderne, relativ sportliche Frühlingmesse, die sich deutlich von der Oberschwabenschau abhebe, die stark in der Landwirtschaft verwurzelt sei.

Die Messedauer solle mit den Ausstellern abgeklärt werden, wobei er 9 Tage empfehle. Bei den Öffnungszeiten stelle er sich Montag - Mittwoch von 12 - 18 Uhr, Donnerstag und Freitag von 12 - 20 Uhr und Samstag und Sonntag von 10 - 18 Uhr vor. Die Preise würde er belassen und stattdessen die Leistungen erhöhen und einen kostenfreien Shuttle-Bus anbieten. Auch die Parkplätze sollten nicht extra Kosten verursachen. Man benötige hohe Qualität bei der Infrastruktur für die Verbraucher und die Aussteller.

Als Termin sei der 12. - 20. April vorstellbar. Ein späterer Termin würde mit dem Mannheimer Maimarkt kollidieren. Ein früherer Termin wäre wettergefährlich, theoretisch könnte aber auch der 9. - 16. März in Frage kommen. Als Messephilosophie gibt er aus, Messe- und Standortsicherheit gehe vor Gewinnmaximierung. Kundenzufriedenheit sei wichtiger als Besucherrekorde und man benötige ein Alleinstellungsmerkmal, sprich Image, das sich auf die Ausstellung und die Region übertragen solle. Ferner benötige man die Lebendigkeit, müsse die Messe also immer neuen Gegebenheiten anpassen.

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf führt aus, eine wichtige Frage sei es gewesen, ob man weiterhin eine Messe wünsche, was ohne Abstimmung durch die Diskussion des neuen Konzepts beantwortet worden sei.

Der Termin solle nicht zu früh gewählt werden. Das Konzept erachte er als gut. Details des Vertrags wie die Messedauer müssten dem Gemeinderat noch zur Entscheidung vorgelegt werden.

OB Fettback stellt klar, es sei nicht beabsichtigt gewesen, mit dem Vertrag erneut ins Gremium zu gehen.

EBM Wersch unterstreicht dies. Man benötige Planungssicherheit. Details könne man in einer Informationsvorlage darlegen. Man wolle jetzt das Plazet für den Vertragsabschluss, der keine finanzielle Belastung für die Stadt enthalte.

OB Fettback modifiziert den Beschlussantrag dahingehend, dass die Verwaltung beauftragt wird, einen Vertrag abzuschließen.

StRin Drews führt aus, die diesjährige Messe sei kein Aushängeschild mehr gewesen und eine Runderneuerung erforderlich. Die Vorschläge von Herrn Schaugg klängen gut. Sie fragt, wer von der Stadt in die Messe eingebunden werde, ob eine Zusammenarbeit mit dem Landratsamt erfolge, welche Kosten bei wem entstünden, wie die Bewerbung erfolge und ob die Parkraumbewirtschaftung ähnlich wie im Rahmen der Sanierung der Tiefgarage gedacht sei. Sie gibt noch zu verstehen, dass eine Auswertung der Erhebung der Auftaktveranstaltung für den Gemeinderat von Interesse wäre. Abschließend stellt sie klar, die SPD-Fraktion wünsche eine innovative Messe.

StR Zügel gibt zu verstehen, man verlasse sich auf die Verwaltung und vertraue darauf, dass der richtige Weg eingeschlagen worden sei. Als wichtig bezeichnet er es, einen Neustart mit einem neuen Namen durchzuführen, wobei die Namensrechte bei der Stadt sein und im Namen das Wort Biberach und das Logo auftauchen sollten. Ferner müsse Qualität vor Quantität stehen. Zur Messedauer und zum Messetermin meint er, hier müssten die Aussteller einbezogen werden, da nur mit guten Ausstellern auch Besucher angesprochen würden. Ein Apriltermin wäre sicher besser, wobei man wegen Ostern variabel sein müsse. Weiter bezeichnet er eine gute Erreichbarkeit und eher günstige Preise auch für das Parken als wichtig.

StR Gehring signalisiert die Zustimmung der Grünen zum Konzept. Das Aushängeschild Messe habe durch die Aussteller und durch die Platzvorhaltung gelitten. So müssten die Wege gut begehbar sein, man benötige lukrative Öffnungszeiten und der Messebesuch dürfe nicht teuer sein. Er gibt eine Kombi-Card in Verbindung mit dem ÖPNV sowie einen Shuttle von den Parkhäusern zu bedenken. Bei der Dauer sei es wichtig, zwei Wochenenden abzudecken und der Apriltermin wäre sicher besser.

StR Funk bezeichnet das vorgestellte Konzept als sehr gut. Er teile die Aussagen seiner Vorredner. Die Zusammenarbeit mit der Oberschwabenhallen Ravensburg GmbH sei positiv und die FDP-Fraktion werde zustimmen. Wenn bisher der Vertrag vorgelegt worden sei, müsse dies auch jetzt erfolgen. Er **beantragt**, mit aufzunehmen, dass die im Bundestag vertretenen politischen Parteien sowie die Unabhängigen Bürger/Freien Wähler kostenlos eine Fläche zur Verfügung gestellt bekämen. Eine Messe sei eine gute Gelegenheit, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

StR Abele bestärkt Herrn Schaugg in seinen Konzeptionsvorstellungen. Es müsse sich eine Identität bilden und die Messe dürfe kein Abklatsch bestehender Messen sein. Auch er meint, im Namen müsse das Wort Biberach vorkommen und die Namensrechte müssten bei der Stadt liegen. Er hält es für erforderlich, die Namensgebung im Gemeinderat zu entscheiden. Den Antrag der

FDP erachte man in seiner Wirkung als problematisch. So die Stadt Biberach mit einem Stand vertreten sein werde, könne man eventuell eine Ecke für den Gemeinderat vorhalten.

EBM Wersch lässt wissen, die Ausarbeitung von Professor Beier liege vor und könne dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden. Die Federführung für die Messe liege verwaltungsintern bei Herrn Strecker und ihm und bislang sei in die Messe stark der Bereich Stadtmarketing involviert gewesen. Die Beteiligung des Landkreises erfolge über die Wirtschaft und sei Aufgabe des Veranstalters. Zur Kostenbeteiligung lässt er wissen, man werde die Pacht mit direkten Kosten im Vorfeld wie beispielsweise dem Aufkiesen verrechnet. Es seien aber auch andere Lösungen denkbar, was man noch nicht thematisiert habe. Die Parkraumbewirtschaftung sei noch zu diskutieren. Namensrechte müssten sicher bei der Stadt Biberach liegen. Zur Abstimmung des bisherigen Vertrags mit den Gremien gebe es keine Regelungen, da hierüber seit 40 Jahren nicht mehr abgestimmt worden sei. Die Dauer und ähnliches seien ohnehin nicht im Vertrag geregelt, weshalb sich eine Beschlussfassung im Gremium erübrigen könne. Man sage ja zu Partnerschaften und Kooperationen in der Raumschaft und werde gemeinsam beachten, dass man eine neue Messe mit Bestand schaffe.

Herr Schaugg lässt auf Frage noch wissen, die Werbung werde auf allen Kanälen mit allen Mitteln vier Wochen vorher im Rahmen eines festgesetzten Budgets gestartet. Die Messe solle keine Ähnlichkeit im Erscheinungsbild mit der Oberschwabenschau haben. Zum Rhythmus der Messe lässt er wissen, dass er an einen jährlichen denke, dies aber während der Messe 2008 mit den Ausstellern klären wolle.

StR Zügel meint, wenn die Konzeption vorgestellt werde, könne man über den FDP-Antrag nachdenken.

StR Funk ist hiermit einverstanden, sodass jetzt keine Abstimmung zum Antrag erfolgt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Oberschwabenhallen Ravensburg GmbH wird die Organisation und Durchführung der neuen Biberacher Messe übertragen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag mit ihr abzuschließen.

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 30/2007 zur Vorberatung vor.

OB Fettback bezeichnet den Antrag als sehr wichtig. Man habe ihn um Ziffer d ergänzt, was einen neuen Ansatz bewirke, nämlich dass man bewusst überlegen müsse, wie man auf Menschen mit Migrationshintergrund positiv zugehen könne, um nicht defizitorientiert vorzugehen. Die sei auch Teil des Themas Altersleitbild, das in Arbeit sei.

Zur Sitzung ging ein **Antrag der SPD-Fraktion** ein, der dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist.

OB Fettback bemerkt hierzu, man habe das Jupa beteiligt und es stimme der Vorlage zu. Es wäre systemwidrig, würde dem Antrag der SPD-Fraktion entsprochen, einen Vertreter des Jupas in den Integrationsausschuss zu entsenden. Die jungen Menschen könnten sich des Themas annehmen. Überdies müsse das Jupa jederzeit in Jugendfragen angehört werden. Er spreche sich daher gegen den SPD-Antrag aus.

StR Zügel begründet den Antrag damit, dass man gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Integration schaffen müsse. Man benötige ein kommunales Integrationskonzept, das einen Wegweiser durch die verschiedenen Angebote biete. Hierzu gehöre auch eine Bestandsaufnahme gegenwärtig bestehender Angebote. Dies vermisse er im Beschlussantrag. Er **beantragt** den Beschluss entsprechend abzuändern und den letzten Satz von Ziffer 4 durch folgende Formulierung zu ersetzen: „Da erfolgreich integrierte Menschen mit Migrationshintergrund eine Bereicherung darstellen, sollen die Erfolge in der Integration aufgeführt werden.“ Damit sollten die positiven Vorteile von Integration und ihre Bedeutung in der Gesellschaft herausgestellt werden.

Zum SPD-Antrag meint er, das JuPa könnte zu den Sitzungen dazukommen, wenn von ihm ein Vertreter benannt würde. Insgesamt halte man 14 Mitglieder für sehr viel und könnte sich eine deutliche Senkung vorstellen. Die UB-Fraktion käme auch mit einem Vertreter klar.

OB Fettback greift die Ergänzung von Ziffer d auf. Die rechtliche Behandlung des Jupas sei nicht vorgegeben, aber seines Erachtens wäre es systemwidrig, einen Vertreter des Jupas aufzunehmen. Das Jupa erhalte ohnehin alle Sitzungsunterlagen. Kleinere Gruppen arbeiteten immer effektiver, die Entscheidung hierzu liege beim Gemeinderat.

StR Dullenkopf fände es unproblematisch, das Gremium mit 14 Personen zu besetzen. Die CDU-Fraktion wolle die sechs Mitglieder des Hauptausschusses benennen. Es handle sich um eine Art Koordinierungsausschuss aber mit ganz anderem Ansatz, als dies in den 70/80er Jahren gewesen sei. Die CDU-Fraktion stimme dem gerne zu.

StR Lemli bemerkt, das Wort Integration sei meistens negativ besetzt. Integration sei mehr als Akzeptanz, sondern bedeute fordern und fördern. Man müsse Integration begreifen lernen und verstehen, dass anders sein normal sei und müsse Zuwanderung als Chance begreifen. Die gesamte Grundhaltung müsse sich also ändern. In diesem Sinne setzte der Integrationsausschuss ein positives Zeichen. Dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit müssten Sinn und Aufgaben dieses Ausschusses klar sein und dass sich die Stadt bemühe, die Stärken der Migranten besser her-

auszustellen. Schon jetzt werde viel im Stillen geleistet, das nur aufgelistet werden müsse. Man sehe kein Problem in der Größe, könnte sich aber auch ein kleineres Gremium vorstellen. Wichtig sei, dass alle Gruppierungen vertreten seien, auch das Jupa. Es handle sich um einen besonderen Ausschuss und unter den Jugendlichen bestehe ein höherer Anteil an Migranten. Man setze mit der Entsendung eines Jupavertreters ein Zeichen, dass die Einbindung Jugendlicher gewollt sei.

StR Späh bezeichnet die Bildung des Integrationsausschusses als richtigen Weg. Da das Jupa ohnehin alle Vorlagen zur Kenntnis erhalte und auf Wunsch anzuhören sei, sehe man es wie der Oberbürgermeister. Die Größe des Ausschusses sei in Ordnung. Die Grüne-Fraktion entsende StR Gehring und ihn als ordentliche Mitglieder. Er fragt, ob eine Vorstellung zum Zeitintervall der Sitzungen und wann eine Ergebnis vorliegen solle bestehe.

StR Funk bezeichnet Integration als Teil des Zuwanderungsgesetzes, das kontrovers diskutiert worden sei. Seines Erachtens sei es kurz gegriffen, da Deutschland einerseits die Zuwanderung von Menschen brauche und umgekehrt Menschen existierten, die Deutschland benötigten. Professor Goll habe das Thema intensiv beleuchtet und ein umfassendes Arbeitspapier erstellt, weshalb man das Thema nicht auf kommunaler Ebene neu entwickeln müsse. Seines Erachtens wäre es Aufgabe der Verwaltung die Arbeit zu erledigen und dann im Gemeinderat Vorschläge zu unterbreiten. Allerdings sei die Bildung eines Integrationsausschusses mit Einhaltung des demokratischen Proporz besser als die Gründung eines Arbeitskreises. Eventuell könne man sich auf dieselben Mitglieder wie im Hauptausschuss einigen und die Sitzungen von Hauptausschuss und Integrationsausschuss immer am selben Sitzungstag abhalten. Eigentlich halte er den Ausschuss nicht für erforderlich, auch wenn das Thema auch bei der FDP hoch angesiedelt sei.

StR Abele meint, ob die Sitzungen von Integrationsausschuss und Hauptausschuss nacheinander stattfinden könnten, hänge von der Tagesordnung ab. Der SPD-Antrag verfolge sicher eine richtige Intention, sei aber nicht notwendig, da das Jupa jederzeit an Sitzungen teilnehmen könne.

StR Lemli haben die Gegenargumente zum SPD-Antrag nicht überzeugt. Es sei ein Unterschied, ob man das Jupa per Information beteilige oder generell generationsübergreifend tätig sei. Er fände es schlecht, zwei Sitzungen hintereinander abzuhalten und meint, man müsse den Kopf für das Thema Integration frei haben.

StR Späh sieht dies ähnlich und gibt zu bedenken, dass zwei Sitzungen hintereinander auch keinen Sinn machten, wenn die Gremien unterschiedlich besetzt seien.

Auch StR Zügel meint, der Ausschuss sollte kein Anhängsel des Hauptausschusses sein, da dies der Bedeutung der Arbeit nicht gerecht würde.

OB Fettback gibt zu verstehen, man könne keine Zeitschiene nennen, bis wann Ergebnisse vorliegen sollten. Es seien jedoch schon viele Daten in der Verwaltung vorhanden.

Ohne weitere Aussprache wird der **SPD-Antrag** mit 3 Ja-Stimmen (StRe Drews, Kübler, Lemli), 3 Enthaltungen (StRe Späh, Weber, Zügel) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung mit folgender Änderung in Ziffer d zu beschließen:

„Aufstellung eines Maßnahmenkataloges und mögliche Umsetzung für eine verbesserte Integration der Menschen mit Migrationshintergrund. Da erfolgreich integrierte Menschen mit Migrationshintergrund eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellen, sollen Erfolge in der Integration aufgeführt werden.“

TOP 4.1 Verschiedenes Wertstoffcontainer Weißes Bild/Fünf Linden

StR Lemli bringt vor, der Wertstoffcontainer im Weißen Bild/Fünf Linden gleiche einer Müllhalde. Die aufgestellt Bretterwand sei gut gemeint, führe aber dazu, dass Müll unbeobachtet abgelagert werden könne. Er bittet Lösungsmöglichkeiten zu überlegen und eventuell auch den Standort zu verlegen.

OB Fettback erwidert, das Thema sei nicht neu.

Hauptausschuss, 16.04.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig